

P/XVII/241

Bonn, den 30. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a Grenzen und Aufgaben der deutschen Politik 77

Zur Jahrestagung 1962 des
"Kuratorium: Unteilbares Deutschland"
Von Albert Exler, z. Zt. Berlin

2 Verwerfliche Aktion 28

Zum stupiden Angriff auf die jugoslawische Vertretung
in Mehlem

3 - 4 Ein Appell an die CSU 66

Die Atmosphäre muß entgiftet werden
Von Waldemar von Knoeringen

5 - 7 Gleiche Ausbildungschancen für alle ! 112

Zum Entwurf der SPD für ein Gesetz über Ausbildungsförderung
Von Brigitte Freyh, MdB

7 Dorfgemeinschaftshaus in Indien 18

Am Beispiel Hessen

Chefredakteur Günter Markscheffel

Grenzen und Aufgaben der deutschen Politik

Zur Jahrestagung 1962 des "Kuratoriums Unteilbares Deutschland"

Von Albert Exler, z. Zt. Berlin

Seit das "Kuratorium Unteilbares Deutschland" besteht - es ist fast ein Jahrzehnt her, daß sich Männer und Frauen aus allen Parteien sowie der Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu seiner Gründung zusammengefanden - hält es seine Jahrestagungen in Berlin ab. Keine andere Stadt Deutschlands könnte dafür einen besseren Rahmen abgeben. Die Berliner fassen das nicht nur als ein Zeichen unlösbarer Verbundenheit auf, sie wissen auch von der Ausstrahlungskraft, die solche Tagungen für die Menschen jenseits der Mauer besitzen.

* *
*

Das Kuratorium kann die politischen Parteien nicht ersetzen, das würde seine Kraft übersteigen. Es kann aber Impulse geben und bei anderen erwecken. Auf diese Weise ist es zu einem beachtlichen Faktor im politischen Leben der Bundesrepublik geworden.

Allein die Tatsache, daß das "Kuratorium Unteilbares Deutschland" in einer Denkschrift an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen auf die permanente Verletzung der Menschenrechte durch das SED-Regime aufmerksam machte, rechtfertigt seine Existenz. Hier wurde ein Schritt getan, der freilich noch weiterer Schritte bedarf, um ein wesentliches Ziel deutscher Politik zu erreichen: Jede Möglichkeit auf allen denkbaren Ebenen auszunutzen, um dem Gebot der Menschlichkeit Zoll für Zoll Achtung zu verschaffen.

* *
*

Die diesjährige Tagung steht leider im Schatten der Ereignisse von Bonn. Maßgebende Persönlichkeiten der CDU haben die Behandlung ihrer Koalitionsschwierigkeiten dem Erscheinen in Berlin vorgezogen. Kein einziger der zurückgetretenen Bundesminister ist in der Kongreßhalle, nur dreihundert Meter von der Mauer entfernt, zu sehen. Wenn an Stelle des vorgesehenen Praktikavorsitzenden der CDU/CSU, Herrn von Brentano, Freiherr von Guttenberg am Samstag, gewissermaßen in den letzten Stunden, hier einspringen soll, dann mag das wohl als eine Art von Wiedergutmachung zu werten sein, doch beseitigt dies nicht den bitteren Beigeschmack.

Wie bedeutsam dagegen die Sozialdemokratie die Mitwirkung an der Arbeit des Kuratoriums einschätzt, geht schon aus der Teilnahme des SPD-Vorsitzenden Erich O l l e n h a u e r, seines Stellvertreters Herbert W e h n e r und des stellvertretenden Vorsitzenden der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Fritz E r l e r, hervor.

* *
*

Die Bonner Krisensituation fand auch in einem anderen Zusammenhang Erwähnung. Das Kuratorium hat sich große Verdienste um die Gewinnung der Jugend erworben und dies mit Erfolg. Fast die Hälfte der Kongreßteilnehmer sind junge Menschen im Alter von 20 bis 30 Jahren. Es bereitet Sorge, auf welche Proben der Idealismus der Jugend durch das Verhalten mancher Politiker gestellt wird.

Der frühere Justizminister Dr. L e v e r e n z aus Schleswig-Holstein drückte das so aus:

- * "Staatsbürgerkunde und politische Bildungsarbeit, auch wenn
- * sie noch so stark betrieben werden, genügen nicht, wenn die
- * Verantwortlichen in der Politik die demokratischen Gepflogen-
- * heiten außer acht lassen und sie nur von der Jugend verlan-
- * gen. Es könnte denn eines Tages die Situation eintreten, daß
- * diese Jugend sich abgestossen von denen, die ein Vorbild sein
- * sollten, nur persönlichen Interessen zuwendet, nationalen Din-
- * gen nicht mehr zugänglich ist oder sich von radikalen Strömun-
- * gen hinreißen läßt."

* * *

Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit müssen Sinn und Inhalt des deutschen Strebens nach Wiedervereinigung begleiten. Ohne diese Voraussetzungen würden wir auf verlorenem Posten kämpfen. Aber gerade in diesen Wochen und Tagen hat es sich erwiesen, daß in unserem Volk der Drang nach rechtlich gesicherter Ordnung stärker ist, als viele angenommen haben.

Diesem Gefühl eines lebendigen Rechtsbewußtseins, bezogen auf das Verhältnis unseres Volkes zu anderen Völkern wußte Herbert W e h n e r bewegenden Ausdruck zu geben. Seine beschwörende Mahnung, es wäre ein Triumph für die Feinde der Verständigung mit dem deutschen Volk, wenn sich unser Volk aufsplittern ließe in einander sich bekämpfende Gruppen, fand stürmischen Widerhall. Angesichts der gleichbleibenden Bedrohung durch den Osten, eine Friedensordnung in Europa durch die Fixierung der deutschen Teilung durchzusetzen, erhärtet sich das Gebot der Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte.

Der Krieg gegen Hitler ist ja nicht geführt worden, um neues Unrecht zu legalisieren. Der Verzicht auf eigene Gewalt heißt nicht die Anerkennung der Gewaltakte anderer. In dieser Gegenüberstellung ergeben sich die Grenzen und Aufgaben deutscher Politik.

* * *

Das Kuratorium kann auf seine Weise dazu beitragen, diese Grenzen und Aufgaben mit zu bestimmen. Freilich hat es sich auch vor der Gefahr der Bürokratisierung und Institutionalisierung zu hüten. Diese sind der Tod jeder in die Zukunft greifenden und die Zukunft mitgestaltenden Aktivität. Darum ist zu hoffen, daß das Kuratorium noch mehr von den Möglichkeiten Gebrauch macht, die ihm durch sein politisch-moralisches Gewicht gegeben sind.

+ + +

Verwerfliche Aktion

Zum stupiden Angriff auf die jugoslawische Vertretung in Mehlem

sp - Der Sprengstoffanschlag auf die jugoslawische Vertretung in Mehlem und das Revolverattentat auf jugoslawische Staatsangehörige sind verwerfliche Aktionen von Jugoslawen, die in der Bundesrepublik das Gastrecht besitzen. Diese Jugoslawen sind Gäste, die das Land ihrer Gastgeber und damit sich selbst beschmutzt haben. Jeder normal denkende Deutsche wird diesen brutalen und dummen Akt verurteilen.

Die Bundesrepublik ist ein Rechtsstaat. Wer hier Gastrecht genießt, hat sich den Gesetzen dieses Staates zu fügen. Wer das nicht kann oder durch seine Handlungsweise zeigt, daß er die Gesetze nicht respektieren will, muß mit der Strenge des Gesetzes rechnen. Wir sind überzeugt, daß die überwältigende Mehrheit unseres Volkes diesen Grundsatz teilt. Wir wollen nicht, daß uns Unrecht geschieht; und deshalb müssen wir im eigenen Haus dafür sorgen, daß jeder, der darin lebt, kein Unrecht tut.

Botschafterrat Milan Georgijewic hat nach dem Überfall auf die jugoslawische Vertretung erklärt, er habe bereits seit Tagen Ausschreitungen jugoslawischer Faschisten befürchtet und schon am Dienstag dieser Woche um verstärkten Polizeischutz gebeten. Offenbar habe man diese Warnung nicht ernst genommen, denn lediglich eine Nachtstreife sei eingesetzt worden.

Diese Behauptung des jugoslawischen Botschaftsrats wird sehr gewissenhaft zu prüfen sein; denn wenn es möglich ist, daß die Warnung einer ausländischen Vertretung, die bei uns Gastrecht genießt, nicht beachtet wird, dann ist es auch möglich, daß Warnungen von Bürgern der Bundesrepublik vor ungesetzlichen Aktionen keine Beachtung bei den zuständigen Stellen finden.

Die kurz nach dem Überfall in Mehlem erfolgte Entschuldigung des Auswärtigen Amtes ist korrekt und eine Selbstverständlichkeit. Aber außer dieser Entschuldigung und der Bestrafung der Attentäter ist die öffentliche Klärung aller Begleitumstände eine zwingende Notwendigkeit, wenn wir glaubhaft machen wollen, daß wir es mit der Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik ernst meinen.

Ein Appell an die CSU

Die Atmosphäre muß entgiftet werden

Von Waldemar von Knoeringen

Im Nachklang zur Landtagswahl in Bayern und vor der Bildung einer Regierung ist folgendes festzustellen: Mit 4,5 Prozent Zunahme an Wählerstimmen (625 710 Erst- und Zweitstimmen) und 35,3 Prozent aller gültigen Stimmen hat die Sozialdemokratische Partei ihren bisher höchsten Stand erreicht. Ihr Vertrauensgewinn, besonders in den katholischen und ländlichen Stimmbezirken ist dabei besonders beachtlich. Sie hat die Hälfte der Wähler gewonnen, die von den kleinen Parteien abgewandert sind.

Die CSU hat zwar um 1,9 Prozent zugenommen, aber mit 47,5 Prozent der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit der Wählerstimmen nicht erreicht. Nur durch das besondere Wahlsystem in Bayern (Aufteilung der Mandate) hat sie die Mehrheit der Abgeordnetensitze im bayerischen Landtag bekommen.

Wenn heute die CSU von einem Vertrauensbeweis für ihre Partei und insbesondere für ihren Landesvorsitzenden Strauss spricht, so wird sie der tatsächlichen politischen Entscheidung in Bayern nicht gerecht. Ein Übermaß an Werbemitteln; eine Wählerwerbung, wie sie in Bayern noch nie betrieben wurde; der Anspruch, daß sie allein alle Leistungen geschaffen hat; die massive Werbung aller Kabinettsmitglieder; die einseitigen Erfolgsberichte der Regierung; die Massenwerbung für Erhard und eine die Grenzen des Anstandes und der demokratischen Verantwortung weit überschreitende Diffamierungskampagne gegen ihre politischen Gegner haben ihr nur einen schwachen Wählerzuwachs eingebracht.

Die Strauss-Affäre hat den bayerischen Wahlkampf nur in den letzten Wochen berührt. Wie wenig sie die Entscheidung der Wähler bestimmte, geht daraus hervor, daß die demoskopischen Umfragen, die Wochen vor dem Aufkommen der Strauss-Affäre durchgeführt wurden, fast genau das heute vorliegende Wahlergebnis vorausgesagt haben. Das gilt selbst für die Meinungsumfrage der CSU, wie sie Minister Eberhardt vor der Presse bekanntgab.

Die Sozialdemokratie muß auf einer Erklärung der diffamierenden Anschuldigungen durch die CSU bestehen. Durch die Methoden der CSU-

Wahlpropaganda müssen sich Millionen sozialdemokratischer Wähler in ihrer Ehre verletzt fühlen. Ich gebe gern zu, daß diese Propagandamethoden nicht dem Willen der größeren Zahl von Landespolitikern der CSU entsprechen. Wir wissen, daß sie ausgeheckt wurden von einer kleinen Gruppe, die heute den Propaganda- und Organisationsapparat der CSU beherrscht. Sie kommen jedoch aus dem Geiste und aus der Haltung, die wir durch die "Affäre Strauss" in grellem Licht erkennen können. So geht es nicht!

In den letzten Jahren ist es gelungen, durch sachliche Arbeit im bayerischen Landtag ein Verhältnis zwischen Oppositions- und Regierungspartei zu schaffen, das bei der Sozialdemokratie die Hoffnung auf eine weitere Versachlichung unserer Politik und auf ernste gemeinsame Gespräche aufkommen ließ. Die Vergiftung der politischen Atmosphäre, wie sie von der Gruppe Strauss - Zimmermann betrieben wird, zerstört in Bayern die Ansätze einer fairen parlamentarischen Arbeit. Die Sozialdemokratie sieht sich gezwungen, mit allem Ernst die CSU auf diese bedenkliche Entwicklung hinzuweisen. Sie ist zur grundsätzlichen Erörterung über die Bereinigung der jetzt in Bayern entstandenen Atmosphäre bereit.

Die Sozialdemokratie wird nach den Wahlen wie angekündigt, ihr "Gespräch mit jedermann" fortführen und vertiefen. Für das Jahr 1963 werden in allen Stimmkreisen Gruppen- und Einzelgespräche durchgeführt. Damit soll die Funktion der demokratischen Partei wirksam werden, die vor allem in der engeren Beziehung zwischen der Wirklichkeit unseres Lebens und dem parlamentarisch-politischen Handeln besteht. Wir wollen nicht nur politische Willensbildung von oben, wir wollen auch die Weckung des politischen Willens von unten aus allen Bereichen unserer Bevölkerung.

Man hat die Sozialdemokratie zu unrecht verdächtigt, in ihrem Bay-ernprogramm ein "raffiniertes Wahlprogramm" geschaffen zu haben. Es wird sich erweisen, daß es uns ernst ist mit der Frage der Erneuerung unseres demokratischen Lebens. Wir richten den ernstesten Appell an die CSU, sich der Verantwortung bewußt zu sein, die wir als demokratische Parteien tragen und dafür zu sorgen, daß in Bayern eine saubere Grundlage für das Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte geschaffen wird.

Gleiche Ausbildungschancen für alle!

Zum Entwurf der SPD für ein Gesetz über Ausbildungsförderung
Von Brigitte Freyh, MdB

In steigendem Maße ist in den letzten Jahren der Ruf nach verbesserter Ausbildung der Jugend laut geworden. Die alte Forderung der Sozialdemokratie, allen jungen Menschen den Zugang zu einer ihrer Begabung entsprechenden Ausbildung zu öffnen, hat von vielen Seiten Unterstützung gefunden.

Allerdings mangelt es noch immer nicht an besorgten Hinweisen auf die gefährliche Niveaullierung für unsere Bildungstradition, wenn allzu viele junge Menschen weiterführende Schulen besuchten. Oder die Überfüllung der Hochschulen wird als Zeichen dafür gewertet, daß schon jetzt zu viele junge Menschen nach einer akademischen Bildung streben. Dem Einsichtigen wird jedoch bewußt sein, daß solche Probleme des Bildungswesens in Wirklichkeit Zeichen eines erheblich angestauten Nachholbedarfs in materieller und personeller Hinsicht sind.

Nachholbedarf

Wir müssen in den nächsten Jahren immer noch und sogar in verstärktem Maße, nachholen, was in der Zeit des Dritten Reiches verhindert und in den Nachkriegsjahren häufig zugunsten anderer vordringlicher Aufgaben versäumt wurde: Die Zahl der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen vermehren, sie durch neue, der Entwicklung angepasste Schultypen ergänzen, die Schülerzahlen in den einzelnen Klassen senken, die bestehenden Hochschulen ausbauen und neue errichten und für alle Bildungstätten die Zahl der Lehrkräfte vermehren.

Die Notwendigkeit, die Ausbildung unserer Jugend zu verbessern, entspringt nur zum Teil solchen Versäumnissen. Mit der Entwicklung der modernen Industriegesellschaft sind neue Probleme entstanden. Der Bedarf an qualifiziert und spezialisiert ausgebildeten Arbeitskräften wächst außerordentlich rasch. Immer neue Berufe bedürfen einer gründlichen technischen Ausbildung. In vielen Berufen reicht es nicht mehr aus, die vorhandenen Arbeitskräfte eines Tages durch die gleiche Zahl von Nachwuchskräften zu ersetzen. Es muß vielmehr mit einem zusätzlichen Bedarf gerechnet werden. Wird die Zahl der gründlich ausgebildeten jungen Menschen ausreichen, um diesen Bedarf zu befriedigen oder werden wir in absehbarer Zeit mit sinkender Produktivität und verminderter internationaler Wettbewerbsfähigkeit für Versäumnisse zahlen müssen?

Interessante Vergleiche

Im Jahre 1960 hatten in der Bundesrepublik über 86 Prozent der Berufsanfänger im Alter zwischen 14 und 20 Jahren weder eine Fachschule noch eine Hochschule besucht. Nicht einmal jeder achte Jugendliche aus der Gesamtzahl der Berufsanfänger von rund 600 000 verfügte über eine qualifizierte Berufsausbildung, die über den Besuch einer allgemeinbildenden Schule oder einer Berufsfachschule hinausging. Eine Hochschule, Ingenieurschule oder lehrerbildende Anstalt absolvierten sogar nur 4,7 Prozent von ihnen.

Dieser letzten Quote steht beispielsweise in der USA eine Quote von 12 Prozent gegenüber. In der Sowjetunion ist diese Quote, wenn auch mit ganz anderen Inhalten und Zielen der Bildung, ungefähr doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik. Hinzu kommen erhebliche Unterschiede in den einzelnen Bundesländern. Zum Beispiel gibt es in Hessen fast um die Hälfte mehr Studierende (3,1 Prozent) als in Nordrhein-Westfalen (2,1 Prozent), wenn man die Studentenzahlen auf die der gleichaltrigen Jugendlichen (18- bis 25jährige) in den jeweiligen Bundesländern bezieht.

Haben wir genug getan?

Niemand wird behaupten wollen, daß es in der Bundesrepublik soviel weniger begabte junge Menschen geben sollte als in den zum Vergleich herangezogenen anderen Ländern oder daß die jungen Leute in Hessen intelligenter seien als ihre Altersgenossen in Nordrhein-Westfalen. Es drängt sich die Frage auf, ob in der Bundesrepublik Ausreichendes getan wird, um die vorhandenen Begabungsreserven zu nutzen und jedem jungen Menschen die Ausbildung zu ermöglichen, die seiner Eignung und Neigung und den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht.

Ob ein junger Mensch etwa eine Fachschule oder eine höhere Schule besuchen kann, wird nicht nur davon bestimmt, daß ihm der Eintritt offensteht oder Erleichterungen, wie beispielsweise Schulgeldfreiheit, gewährt werden. Ebenso wichtig ist, ob für ihn während der Ausbildungszeit der notwendige Lebensunterhalt gesichert ist. Die Begabung wird erst dann zu dem entscheidenden Kriterium für den Zugang zu einer qualifizierten Ausbildung, wenn die Chancen unabhängig von der wirtschaftlichen Situation im Elternhaus genutzt werden können.

SFD-Vorschläge

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat deshalb einen Gesetzentwurf zur Ausbildungsförderung vorgelegt, der sich nur an der Aufgabe der Ausbildung selbst orientiert und finanzielle Hinderungsgründe für die Wahl einer bestimmten Ausbildung weitgehend ausklammern will. Dieser Gesetzentwurf ist nach der ersten Lesung im Bundestag inzwischen an die zuständigen Ausschüsse zur Beratung überwiesen worden.

Nach dem Gesetzentwurf soll der Besuch aller staatlichen und staatlich anerkannten Ausbildungseinrichtungen und die Ausbildung in einem Lehr- und Anlernberuf in die Förderungsmaßnahmen einbezogen werden. Die Förderungsberechtigten jungen Menschen müssen mindestens die Volksschulpflicht beendet haben und sollen den letzten Abschnitt der ihrer Eignung und Neigung entsprechenden Ausbildung vor dem 30. Lebensjahr begonnen haben. Förderung kann demnach für eine Lehre, für allgemein- und berufsbildende Schulen einschließlich Fach- und Ingenieurschulen und für Hochschulen aller Art beansprucht werden. Selbstverständlich sind auch die Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges berücksichtigt, für die die obere Altersgrenze keine Anwendung finden soll.

Die Ausbildungsförderung soll sowohl den Ausbildungsbedarf, wie Schulgeld oder Studiengebühren, Aufwendungen für Lernmittel, Arbeitsausrüstung und -material, Fahrtkosten, als auch die Kosten des Lebensunterhaltes umfassen. Um die besondere Belastung für junge Leute auszugleichen, die die erstrebte Ausbildung nicht am Familienwohnsitz erhalten können, sind die in diesen Fällen erhöhten Kosten für Lebensbedarf und Miete berücksichtigt.

Bund soll zuständig bleiben

Der Gesetzentwurf geht von der Zuständigkeit des Bundes für die Gesetzgebung im Bereich der Sozialhilfe aus. Ausbildungsförderung in diesem Sinne muß deshalb an bestimmte wirtschaftliche Voraussetzungen des Antragstellers oder seiner Familie anknüpfen. Diese Voraussetzungen sind im Bundesgesetz folgendermaßen formuliert: "Ausbildungsförderung wird gewährt, soweit den Eltern, dem Ehegatten und dem Auszubildenden nicht zugerechnet werden kann, die Kosten der Ausbildung aus eigenen Mitteln zu bestreiten". Da das erstrebte Ziel des Gesetzes darin besteht, in größerem Umfang Belastungsreserven auszuschöpfen und die Belastung der Familie durch die Ausbildungskosten so zu gestalten, daß auch eine längere und intensivere Ausbildung keinen unzumutbaren wirtschaftlichen Hindernissen begegnet, ist die Höhe der Eltern- und Geschwister-Freibeträge von ausschlaggebender Bedeutung für die Wirksamkeit des Gesetzes.

Wenn bei einer Zweikinderfamilie beispielsweise für ein Kind Ausbildungsförderung für den Besuch einer mittleren oder höheren Schule oder für eine Berufsfachschule beantragt würde, könnten die vollen Ausbildungskosten, also einschließlich Lebensunterhaltskosten, bei einem Einkommen des Vaters bis zu 650 DM beansprucht werden. Bei einer Ausbildung, die durch längere Dauer auch die Belastung größer werden läßt, also zum Beispiel beim Besuch einer Fachschule, Ingenieurschule, Lehrerbildender Anstalt oder einer Hochschule, würden die vollen Ausbildungskosten bei gleichen Voraussetzungen wie im ersten Beispiel bis zu einem Nettoeinkommen des Vaters von 720 DM übernommen werden. Außerdem sind Sonderregelungen für kinderreiche Familien, Alleinstehende mit Kindern und bei Erwerbstätigkeit beider Elternteile vorgesehen.

Das Ausbildungsförderungsgesetz soll dazu beitragen, in unserem Volk die Kräfte zu entwickeln, über die es in der Wirklichkeit verfügen könnte und derer es dringend bedarf, um die Aufgaben der Zukunft zu meistern.

+ + +

Dorfgemeinschaftshaus in Indien

Seitdem die sozialdemokratische Landesregierung des Ministerpräsidenten Zinn in Hessen bald nach der Währungsreform ihr Programm zur Erschließung des Dorfes in die Tat umzusetzen begann, ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern der Welt das hessische Dorfgemeinschaftshaus zu einem Begriff geworden. Zunächst in Hessen von Rückständigen bekämpft, hat sich der Gedanke erfolgreich durchgesetzt, daß auch die Bewohner ländlicher Gemeinden einen Anspruch darauf haben, an den Errungenschaften der Neuzeit teilzunehmen zu können. Mit Hilfe der Dorfgemeinschaftshäuser ist es der hessischen Landesregierung gelungen, unzähligen Landbewohnern diesen Anspruch zu sichern. - Seit mehr als zehn Jahren empfängt die hessische Landesregierung Besucher aus aller Welt, die hier sehen und lernen wollen, wie mit Hilfe moderner Gemeinschaftseinrichtungen das Leben auch auf dem Lande besser gestaltet werden kann. Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke hat während seines Aufenthalts in Indien dem indischen Staatspräsidenten die Stiftungsurkunde für ein Dorfgemeinschaftshaus übergeben. In freier ist diese Stiftung des Bundes eine Anerkennung für die in Hessen geleistete Arbeit.

+ + +